

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt. II - 1390/9

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie
Radetzkystraße 2
1031 W i e n

A-6010 Innsbruck, am 29. Juli 1987

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 127

Sachbearbeiter: Dr. Gstöttner

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Zl.	41	GE/987
Datum:	13. AUG. 1987	
	17. AUG. 1987	

Betreff: Entwurf eines Smogalarmgesetzes;
Stellungnahme

Zu Zahl I-32.191/16-3/87 vom 8. Juli 1987

Zum oben angeführten Gesetzentwurf wird wie folgt Stellung
genommen:

Da sich die Verhandlungen zum Abschluß der Immissionsgrenzwertvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, die Voraussetzung für das Wirksamwerden der durch das BVG BGBI.Nr. 175/1983 neu geschaffenen Kompetenz des Bundes zur Regelung von Maßnahmen zur Abwehr gefährlicher Belastungen der Umwelt ist, fast vier Jahre hingezogen haben, wird die Absicht des do. Ministeriums, nach Vorliegen der Vereinbarung nunmehr möglichst rasch den Entwurf eines Smogalarmgesetzes dem Nationalrat vorzulegen, grundsätzlich begrüßt. Dennoch müssen gegen den vorliegenden Entwurf in zweifacher Hinsicht Einwendungen grundsätzlicher Art vorgebracht werden:

1. Kern des im Entwurf vorliegenden Smogalarmgesetzes ist die Ermächtigung des Landeshauptmannes zur Einschränkung

./.

- 2 -

bestimmter Tätigkeiten, durch die eine Emissionsverminderung herbeigeführt werden soll. Wie bereits in den Stellungnahmen der meisten Länder zu dem vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Juli 1985 zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Smogalarmgesetzes kritisiert wurde, scheint auch die im § 10 des nunmehr vorliegenden Entwurfes vorgesehene Determinierung dieser Ermächtigung des Landeshauptmannes dem Art. 18 Abs. 1 B-VG nicht zu genügen. Gerade weil es sich bei diesen Anordnungen des Landeshauptmannes um besonders einschneidende Maßnahmen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, handelt, sollte hierfür eine verfassungsrechtlich einwandfreie Grundlage geschaffen werden.

2. Die Regelung über die Kostentragung im § 17 weicht vom Kostentragungsprinzip nach § 2 F-VG 1948 ab. Da die Länder für die hier in Rede stehende Aufgabe nicht nur den Personalaufwand und den Amtssachaufwand, sondern auch einen Teil des Zweckaufwandes zu tragen hätten, wird - trotz der Dringlichkeit des gegenständlichen Gesetzentwurfes - nach § 5 zweiter Satz FAG 1985 die Aufnahme von Verhandlungen verlangt. Auch in den Erläuterungen zur Immissionsgrenzwertvereinbarung wurde (unter Punkt III) ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Frage der Kostentragung für Immissionsmessungen gesonderten Verhandlungen vorbehalten bleibt.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektorstellvertreter

Abschriftlich

an alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schubert', written in a cursive style.